

Buenos Aires

HEFT 3

ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESGERICHTSHOFES  
HERAUSGEGEBEN VON DEN MITGLIEDERN DES  
BUNDESGERICHTSHOFES UND DER BUNDESANWALTSCHAFT

---

ENTSCHEIDUNGEN  
DES BUNDESGERICHTSHOFES  
IN ZIVILSACHEN

99. BAND



1987

CARL HEYMANNS VERLAG KG  
KÖLN · BERLIN

Nr.		Seite
25.	a) Zur Auslegung einer in dem Vertrag über die Vermietung einer Stadthalle enthaltenen Klausel, nach der dem Vermieter das Recht zum Rücktritt vom Vertrag eingeräumt ist, falls durch die vom Mieter beabsichtigte Veranstaltung eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder eine Schädigung des Ansehens der Stadt zu befürchten ist.	
10. XII. 86	b) Ein in Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltener Rücktrittsvorbehalt kann nicht wirksam auf Gründe erstreckt werden, deren Vorliegen der Klauselverwender bei Anwendung der gebotenen Sorgfalt schon vor Vertragsschluß hätte erkennen können.	
VIII ZR 349/85	c) Zu ideellen Zwecken gemachte und durch Nichterfüllung des Vertrages nutzlos gewordene Aufwendungen stellen keinen ersatzfähigen Vermögensschaden dar. ....	182
26.	Zur Frage der Wirksamkeit einer formularmäßigen »Zweckerklärung für Grundschulden« (nach § 3 AGBG), durch die eine mündliche Sicherungsabrede geändert werden soll. ....	203
12. XII. 86		
V ZR 282/85	Die Wirksamkeit einer Rechtswahlklausel in den Bedingungen eines Orderkonnossements ist nach dem Recht zu beurteilen, das anzuwenden wäre, wenn die Klausel wirksam wäre. ....	207
27.		
15. XII. 86		
II ZR 34/86		

## INHALT

Nr.		Seite
21. 4. XII. 86 IX ZR 47/86	<p>a) Führt der Konkursverwalter das Unternehmen des Gemeinschuldners entsprechend einem Beschluß der Gläubigerversammlung fort, so haftet er den Massegläubigern, zu deren Befriedigung die Masse nicht ausreicht, nur dann persönlich, wenn er im Laufe der Fortführung des Betriebes erkannt hat oder bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters hätte erkennen können und müssen, daß er die aus der Masse zu erfüllenden Verbindlichkeiten nicht werde tilgen können.</p> <p>b) Die Ansprüche der Berufsgenossenschaft gegen den einen Betrieb fortführenden Konkursverwalter auf Unfallversicherungsbeiträge (§ 723 RVO) sind Massekosten im Sinne des § 58 Nr. 2 KO. ....</p>	151
22. 4. XII. 86 VII ZR 354/85	Die »isolierte« Vereinbarung der Gewährleistungsregelung der Verdingungsordnung für Bauleistungen Teil B ist wirksam, wenn sie auf eine vom Auftraggeber gestellte Vertragsbedingung zurückgeht. ....	160
23. 4. XII. 86 I ZR 189/84	§ 51 Nr. 2 UrhG ist auf Zitate in Filmwerken entsprechend anwendbar. (»Filmzitat«) .....	162
24. 9. XII. 86 VI ZR 65/86	<p>a) Der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Vertriebsgesellschaft eines ausländischen Herstellers obliegen regelmäßig, jedenfalls wenn sie dessen einziger Repräsentant auf dem deutschen Markt ist, bezüglich der von ihr vertriebenen Produkte Produktbeobachtungspflichten und damit die aus der Produktbeobachtung etwa folgenden zusätzlichen Instruktionspflichten.</p> <p>b) Eine Pflicht zur Produktbeobachtung kann den Hersteller (und dessen Vertriebsgesellschaft) auch treffen, um rechtzeitig Gefahren aufzudecken, die aus der Kombination seines Produkts mit Produkten anderer Hersteller entstehen können, und ihnen entgegenzuwirken. ....</p>	167